

Was in Tunesien anders gelaufen ist

Der diesjährige Friedensnobelpreis wird morgen nach Tunesien vergeben. Er bedeutet eine Anerkennung für den Sonderweg, mit dem das Land einem Bürgerkrieg entgangen ist. Eine Bestandsaufnahme.

Von Adham Hamed

Tunis – Die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas sind in den vergangenen Jahren durch große politische Transformationsprozesse gegangen. Regime wurden gestürzt, unantastbar geglaubte Diktatoren flohen ins Exil, wurden vor Gericht gestellt oder gar gelyncht. Gegenbewegungen etablierten sich rasch und versuchten, alte Machtverhältnisse zu restaurieren. Manche Länder sind entlang der dabei aufbrechenden Konfliktlinien in blutigen Bürgerkriegen versunken. In anderen reetablierten sich autoritärere Staatsapparate. Tunesien ist anders.

Dem Sturz des autoritären Machthabers Zine el-Abidine Ben Ali im Jänner 2011 folgte ein offener politischer Übergangsprozess. Im Gespräch mit mir über diese entscheidende Phase betont Premier Habib Essid, dass – anders als etwa in Ägypten – die politischen Institutionen in Tunesien kontinuierlich fortbestanden und gearbeitet haben. Somit entstand nie ein wirkliches Machtvakuum.

Er selbst war nach der Revolution 2011 Innenminister. Es habe damals einen überparteilichen Konsens gegeben, den Transformationsprozess in Richtung freier Wahlen zu unterstützen. Die Regierung

trat deshalb im Herbst 2011 zurück. Aus den Wahlen ging die islamistische Ennahda-Partei als Siegerin hervor. In den folgenden drei Jahren sah sich Tunesien mit massiven Machtkämpfen zwischen islamistischen und säkularen Interessen konfrontiert, das Land drohte zu zerbrechen. Eine Kombination innerer und äußerer Umstände lenkte Tunesien jedoch auf einen bislang einzigartigen arabischen Weg.

Wesentlichen Anteil daran hatte das nationale Dialogquartett, das heuer den Friedensnobelpreis erhält. Bestehend aus der mächtigen unabhängigen Gewerkschaft UGTT, dem Arbeitgeberverband, der Anwaltskammer und der tunesischen Liga für Menschenrechte (siehe Interview unten), vermittelte das Quartett zwischen den Parteien. Es fungierte – allerdings ohne demokratische Legitimation – als Sprachrohr der Zivilgesellschaft und reüssierte in Momenten der Polarisierung mit der Schaffung eines Raumes für politischen Dialog. Darüber hinaus lenkte das Quartett den politischen Übergangsprozess in entscheidenden Momenten in demokratische Richtungen – durch das Angebot eigener politischer und juristischer Expertise sowie die Vertre-



Tunesier trauern am Ort des Bombenanschlages vom 25. November. Die Gewalt stellt die junge Demokratie auf die Probe.

Foto: Paul Laner

tung von Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberinteressen.

Tunesien weist in der Phase von 2011 bis 2013 einige Parallelen zu Ägypten auf: In beiden Staaten kamen islamistische Regierungen an die Macht und erlebten drastische Vertrauensverluste. Als in Kairo im Sommer 2013 Präsident Mohamed Mursi vom Militär abgesetzt wurde und die Sicherheitskräfte mit enormer Repression gegen die Anhänger der entmachte-

ten Muslimbruderschaft vorgehen, drängte auch in Tunesien eine breite Opposition auf den Sturz der Ennahda-Partei. Essid unterstreicht das Eskalationspotenzial 2013: „Tunesien stand damals am Rande eines Bürgerkrieges.“

Unter dem direkten Eindruck des ägyptischen Gewalt Szenarios und vorangetrieben durch das nationale Dialogquartett entschied man sich jedoch für Dialog. Die Ennahda-Regierung trat An-

fang 2014 zurück und machte Platz für eine Übergangsregierung, die binnen eines Jahres eine neue Verfassung vorlegte. Darin ist das Amt des Premierministers gestärkt.

Der Amtsinhaber betont: „Diese Mischform zwischen einem präsidential und einem parlamentarisch geprägten System wollte ursprünglich niemand. Sie ist ein politischer Kompromiss zwischen den zwei stärksten politischen Kräften Nidaa Tounes (eine

säkulare Sammelpartei, Anm.) und der Ennahda-Partei.“ Tatsächlich forderte Ennahda ein noch stärker ausgeprägtes parlamentarisches System, während Nidaa Tounes für ein präsidentiales System plädierte.

Das gemeinsame Erarbeiten eines dritten Weges in Momenten der Polarisierung ist oft entscheidend für erfolgreiche Konflikttransformation. Deshalb kann der Nobelpreis dieses Jahr als Anerkennung der arabischen Demokratisierungsbewegung betrachtet werden. Sein Glanz darf dabei nicht über die großen Herausforderungen für Tunesien hinwegtäuschen: Trotz einer im arabischen Vergleich breiten Mittelschicht öffnet sich die Ungleichheitsschere immer weiter. Tunesien ist zudem das arabische Land mit, gemessen am Bevölkerungsanteil, den meisten jihadistischen Kämpfern im Ausland.

Innenpolitisch wurde das Land wiederholt von Anschlägen erschüttert, zuletzt am 25. November, als zwölf Menschen einem Selbstmordattentat auf die Präsidentengarde zum Opfer fielen. Nach den Anschlägen auf Touristen in der Küstenstadt Sousse und im Bardo-Museum in Tunis vor wenigen Monaten stellt auch dieses Ereignis die junge Demokratie auf die Probe. Anschläge wie diese wird man dabei durch militärische Mittel alleine kaum verhindern können. Vielmehr drängt sich die Notwendigkeit auf, den vom Quartett bezogenen Weg des Dialogs fortzusetzen und dabei auch den Blick auf die eigene Gesellschaft zu richten. Denn so sehr der politische Transformationsprozess auf einer institutionellen Ebene erfolgreich war, blieb der in allen arabischen Ländern formulierte Ruf nach sozialer Gerechtigkeit in Tunesien zu meist ausgeklammert.

Zur Person

Adham Hamed ist Friedens- und Konfliktforscher mit Fokus auf den Nahen Osten und Nordafrika. Er lebt in Kairo und Innsbruck. Sein Buch „Speaking the Unspeakable: Sounds of the Middle East Conflict“ erscheint demnächst im Verlag Springer.



Premierminister Essid im Gespräch mit dem Autor. Parade und Straßenszene in Tunis – trotz angespannter Sicherheitslage geht der Alltag weiter.



Fotos: Paul Laner

„Der Dialog macht den Unterschied“

Das nationale Dialogquartett erhält am 10. Dezember den Friedensnobelpreis. Welche Bedeutung hat das für Sie?

Abdessatar Ben Mussa: Der Nobelpreis ist eine große Ehre nicht nur für das Dialogquartett, sondern für die gesamte Zivilgesellschaft. Das ist ein Verdienst der Revolution und auch der tunesischen Frauenbewegung, die maßgeblichen Anteil an den Protesten hatte. Der Nobelpreis setzt auch ein positives Zeichen für unsere Freunde in Libyen und Syrien, die sich jeden Tag im Kampf selbst zerstören. Die Revolution hat uns gezeigt, dass Dialog in allen Phasen von Konflikten der einzig konstruktive Weg ist, während Waffen Zerstörung bringen.

Worin liegt für Sie der Unterschied zwischen dem tunesischen Weg und jenem anderer arabischer Staaten?

Ben Mussa: Der Dialog macht den Unterschied. Wir

haben hier aber auch andere Rahmenbedingungen. Der zivilgesellschaftliche Sektor ist sehr groß und wir haben starke, unabhängige Gewerkschaften. Das findet man sonst kaum wo in der arabischen Welt. Eine weitere Besonderheit ist der Dialog zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, besonders in Krisenzeiten. Der negative Eindruck der

gewaltvollen Ereignisse in Kairo hatte einen positiven Einfluss auf das Resultat des tunesischen Dialogs. Dadurch konnten wir ein ägyptisches Szenario in Tunesien verhindern und auch einem Bürgerkrieg, wie in Libyen und in Syrien, entrinnen.

Wie erklären Sie die im arabischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Zahl junger Tunesier in

den Reihen des so genannten Islamischen Staates?

Ben Mussa: Das ist eine große Katastrophe. Terrorismus ist aber kein tunesisches Phänomen, sondern genauso auch ein amerikanisches und französisches. Terrorismus lebt in der Armut. Soziale Bedürftigkeit produziert Terroristen. Deshalb fokussieren wir uns als Vertreter der Zivilgesellschaft auf ökonomische und soziale Rechte, denn die Auseinandersetzung damit stand am Anfang der Revolution. Wir müssen uns auf die Zahl der Arbeitslosen konzentrieren und versuchen, diese zu verringern. Es geht um Würde und Arbeit. Die Revolution und der demokratische Übergangsprozess bleiben in Gefahr, solange es nicht auch tiefgreifende ökonomische Veränderungen gibt. Diese sind bislang leider ausgeblieben.

Die Kaufkraft etwa war 2010 viel stärker als heute. Es liegt an der Regierung, Lösungen zu finden, aber



Abdessatar Ben Mussa, Präsident der tunesischen Liga für Menschenrechte, nimmt morgen den Friedensnobelpreis entgegen.

Foto: Paul Laner

Das Gespräch führte Adham Hamed